

Solide, innovativ, leistungsbereit

Gemeinsam für ein generationengerechtes Baden-Württemberg

Regierungserklärung
von Ministerpräsident Günther H. Oettinger
vor dem Landtag von Baden-Württemberg
am 21. Juni 2006

Sperrfrist: 21. Juni 2006, 10.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!

Einleitung

Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Landtagswahl die Politik der Landesregierung bestätigt und CDU und FDP einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Mit meiner Wahl zum Regierungschef und mit der Bestätigung der Landesregierung zeigen CDU und FDP, dass sie den Auftrag der Wählerinnen und Wähler geschlossen annehmen. Mit verantwortungsvollen und mutigen Entscheidungen wollen wir unser Land in die Zukunft führen.

Politik ist für mich ein Mannschaftsspiel. Dass Baden-Württemberg im Ländervergleich ganz vorne steht, ist ein gemeinsamer Erfolg. Die Regierung wird auch weiterhin mit allen gesellschaftlichen Kräften an einem Strang ziehen. Ein fruchtbarer Dialog, der von gegenseitigem Respekt getragen ist, und die Fähigkeit, zuhören zu können, werden für mich auch in Zukunft die Grundlage meiner Entscheidungen bilden. Ich stehe zu diesem Stil und ich möchte damit vor allen auch diejenigen gewinnen, die im März als „Nichtwähler“ auf die Wahrnehmung ihrer Mitwirkungsrechte verzichtet haben.

Ich bitte Sie alle: Helfen Sie mit, dass unser Land auch in Zukunft die Lokomotive Deutschlands bleibt.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Wenn wir uns alle gemeinsam anstrengen, können wir sie lösen! Leistungsbereitschaft und Solidarität sind gefragt - Tugenden, die uns in Baden-Württemberg Gott sei Dank nicht fremd sind.

Im April 2005 habe ich in meiner ersten Regierungserklärung einen umfassenden Fahrplan meiner politischen Arbeit für die nächsten Jahre vorgelegt. Diesen Fahrplan haben wir zwischenzeitlich in der Koalitionsvereinbarung weiter konkretisiert. Er gilt nach wie vor uneingeschränkt. Ich werde deshalb in meiner heutigen Regierungserklärung kein detailliertes Panorama von Einzelmaßnahmen entfalten. Vielmehr möchte ich zentrale Ziele und Strategien benennen, die wir in dieser Legislaturperiode angehen werden.

1. Haushalt und Personal

1.1 Konsequenter Sparkurs sichert Handlungsspielräume für die Zukunft

Meine Damen und Herren!

Es wäre für mich politisch weitaus einfacher, wenn ich hier ausführen könnte, wo wir als Landesregierung in den nächsten Jahren überall zusätzliche Mittel einsetzen wollen. Mir wäre es auch lieber, wenn ich verkünden könnte, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin alle die staatlichen Leistungen erhalten, an die sie sich über Jahrzehnte gewöhnt haben. Oder dass alle staatlichen Subventionen und Förderungen weiterhin Bestand haben.

Aber auf diesem bequemen Weg würde ich meiner Verantwortung für unser Land nicht gerecht. Das wichtigste Ziel in der neuen Legislaturperiode ist die Sanierung des Landeshaushalts. Ohne ausgeglichenen Haushalt ist eine zukunftsfähige Politik nicht möglich. Deshalb hat der Schuldenabbau für mich absolute Priorität gegenüber allen anderen Einzelmaßnahmen.

Mit der „Rasenmähermethode“ allein lässt sich dieses ehrgeizige Ziel nicht erreichen. Wir müssen zusätzlich auch bereit sein, uns von einzelnen Programmen und Aufgaben ganz zu trennen. Aus allen Aktivitäten, die andere besser und billiger erledigen können, muss das Land sich möglichst rasch zurückziehen.

Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Staat – aber den an den richtigen Stellen. Wir sind deshalb zu einer konsequenten Aufgabenkritik bereit. Im Koalitionsvertrag haben wir die Bildung einer „Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt“ beschlossen. Sie wird schon in den nächsten Tagen mit ihrer Arbeit beginnen. Alle staatlichen Aufgaben auf allen Verwaltungsebenen werden überprüft. Erkenntnisse aus dem Controlling und der Kosten-Leistungs-Rechnung werden dabei einfließen.

Es ist nicht sinnvoll, dass unterschiedliche Stellen sich parallel mit den gleichen Aufgaben beschäftigen. Deshalb wird das Land die Schaffung gemeinsamer Servicezentren für Behörden und öffentliche Einrichtungen voranbringen.

Das gilt auch für die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien, wo ich noch erhebliche Effizienzreserven sehe. Brauchen wir wirklich in allen Ressorts eine Abteilung I heutigen Zuschnitts? Die ressortübergreifende Bündelung von Sachverstand wäre hier ein neuer Weg. Wir sollten untersuchen, ob die Querschnittsaufgaben der Minis-

terien des Landes in einer zentralen Stelle für Personal und Organisation zusammengefasst oder teilweise auch privatisiert werden können.

Durch eine - auch länderübergreifende - Wahrnehmung fachlicher Aufgaben werden wir konsequent Ressourcen einsparen, ohne auf Qualität zu verzichten. Hierzu wollen wir den Verbund mit unseren Nachbarn suchen.

Erhebliche Einsparpotenziale sehe ich bei Beratungsleistungen, die vom Land gefördert oder sogar selbst erbracht werden. In Zukunft werden wir als Land keine neuen Beratungsaufgaben mehr übernehmen. Das bestehende Beratungsangebot werden wir straffen. Wir werden prüfen, welche Aufgaben wir an gesellschaftliche Organisationen oder die private Wirtschaft abgeben können.

Oder die technischen Prüfungen: Das Land braucht gewiss auch in Zukunft als Verwaltung und Auftraggeber von Leistungen ein Mindestmaß an eigenem technischem Know How. Aber eben nur ein Mindestmaß. Alles, was darüber hinausgeht, kann im Rahmen von öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) erbracht oder völlig privatisiert werden.

Ich will ganz konkret die Frage stellen, wie viele Ebenen für die Überprüfung von Behördenentscheidungen wir uns eigentlich leisten können. Ist es tatsächlich nötig, dass nahezu jede Behördenentscheidung zunächst im Widerspruchsverfahren ein zweites Mal aufgerollt werden kann, bevor dann nochmals zwei Gerichtsinstanzen bemüht werden können? Ich möchte diese Grundsatzfrage hier im Landtag in aller Offenheit mit Ihnen diskutieren. Und zwar nicht auf der Ebene des Wünschbaren, sondern allein vor dem Hintergrund der Frage: Was können wir uns finanziell leisten? Und was ist in einem Rechtsstaat als Mindestmaß zwingend erforderlich?

Oder nehmen Sie die Berichtspflichten der Behörden untereinander. Was hier an Dokumenten bewegt wird, hat in vielen Fällen den wirtschaftlichen Wert von Altpapier. Das will ich kritisch auch zu dem einen oder anderen Bericht sagen, zu dem dieses hohe Haus uns seit Jahrzehnten regelmäßig zwingt.

Generell gilt: Wir werden alle Bereiche der Landesverwaltung auf ihre Effizienz hin durchforsten. Das heißt zum Beispiel, dass wir die innerorganisatorischen Abläufe im Schul- und Hochschulbereich und bei der Polizei sowie auch das NSI-Projekt unter dem Aspekt der Optimierung überprüfen werden.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für Möglichkeiten zum Aufgabenabbau, die wir in den kommenden Monaten aufgreifen und zügig angehen werden.

Im Vorgriff auf die Arbeit der „Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt“ haben wir im Koalitionsvertrag bereits einige wesentliche Eckpunkte für weitere Einsparungen festgeschrieben. So werden wir alle Kürzungen und Einsparungen, die im Doppelhaushalt 2005/06 bereits realisiert wurden, auch in den kommenden Haushaltsjahren fortführen. Alle finanzwirksamen Programme mit Steigerungsraten werden wir auf dem Stand der Haushaltsjahre 2005/06 deckeln. Und zusätzlich wollen wir alle freiwilligen oder auf Landesrecht beruhenden Leistungen ab dem Doppelhaushalt 2007/08 grundsätzlich um 5 Prozent kürzen.

Soweit die kommunale Finanzmasse betroffen ist, wird das Land Kürzungen in einer – auch rechtlich – gestärkten Finanzverteilungskommission neu verhandeln. Ich freue mich, dass die Zeichen für eine einvernehmliche Lösung der Finanzbeziehungen Land/Kommunen nicht schlecht stehen. Die Kommunen sind auch selbst gefordert, zur Kosteneinsparung neue Wege der Zusammenarbeit zu gehen. Jede Form der Kooperation bis hin zu neuen Gebietsgrenzen werden wir unterstützen.

Darüber hinaus hat der Ministerrat Anfang Juni eine Ausgabensperre beschlossen. Vor dem Hintergrund der Risiken im Haushaltsvollzug haben wir uns dazu verpflichtet, im laufenden Jahr eine zusätzliche globale Minderausgabe von 70 Millionen Euro zu erwirtschaften. Viel wichtiger aber: Alle haushaltsrelevanten Festlegungen für die Folgejahre werden einer strengen Prüfung unterzogen. Daher haben wir in wesentlichen Bereichen die Wahrnehmung von Verpflichtungsermächtigungen für die Haushalte der Jahre 2007 ff bis auf weiteres auf Eis gelegt.

Die Botschaft aller dieser Maßnahmen zu Beginn der Legislaturperiode lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Auch bei steigendem Druck muss der Deckel auf dem Kessel bleiben. Sonst werden wir die Nettonull bis 2011 nicht schaffen. Es wird in Zukunft nicht mehr Geld geben! Im günstigsten Fall werden wir den Status quo durch Solidarpakte wie bei den Hochschulen und beim Sport fortschreiben. Aber in vielen anderen Fällen werden wir die Mittel auch zurückfahren müssen.

Wir haben keinen Spielraum für Mehrausgaben. Andererseits werden wir auch in Zukunft politisch gestalten wollen, neue politische Schwerpunktsetzungen vornehmen müssen und neue Projekte auf den Weg bringen. – Ich denke etwa an den Bereich „Bildung und Betreuung“. Aber jeden Euro, den wir dafür zusätzlich brauchen, werden wir an anderer Stelle im Landeshaushalt einsparen müssen. Die eine oder ande-

re vergleichsweise weniger prioritäre Aufgabe wird gleich zweimal Begegnung mit dem Rotstift machen. Nämlich zunächst einmal bei der Haushaltskonsolidierung und dann bei der Suche nach Ausgleichsmöglichkeiten für andere, wichtigere Maßnahmen.

Wir werden auch die Förderleistungen des Landes, die sog. Subventionen, systematisch auf den Prüfstand stellen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass Programme gekürzt oder auch ganz gestrichen werden. Die teuersten Fördermaßnahmen sind diejenigen, die ihr Ziel nicht erreichen. Wir werden daher ein aussagekräftiges Fördercontrolling aufbauen. Allein daraus erwarten wir eine Effizienzrendite in der Größenordnung von 5 Prozent. Durch eine stärkere Konzentration der Förderaktivitäten in den Ressorts können wir flexibel auf neue Herausforderungen reagieren. Idealziel: Nur noch ein Förderbudget pro Fachbereich mit einem festen Finanzrahmen. Nach politischen Schwerpunkten kann so Jahr für Jahr flexibel umgeschichtet werden.

Auch zwischen den Ressorts will ich mehr Flexibilität. Wenn z.B. der Straßenbau Not leidet, müssen auch die Städtebauförderung und das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum vorübergehend einen Beitrag zur Finanzierung erbringen.

1.2 Personalausgaben senken

Etwa die Hälfte des Gesamtvolumens des Landeshaushalts entfällt auf den Personalbereich. Schon heute ist absehbar, dass diese Ausgaben in den kommenden Jahren durch die bevorstehenden Pensionierungen massiv ansteigen werden. So werden sich die Pensionskosten bis zum Jahr 2025 von heute 3,2 Mrd. Euro auf rund 7 Mrd. Euro mehr als verdoppeln.

Diese Entwicklung wird aus meiner Sicht auch Auswirkungen auf die Beamtenversorgung haben. Ich kann weder weitere Nullrunden noch eine Kürzung der Sonderzahlung für Pensionäre ausschließen.

Eine schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre bei Beamten ist unumgänglich. Sofern uns der Bund im Rahmen der Föderalismusreform die Zuständigkeit dafür gibt, werden wir noch in dieser Legislaturperiode die entsprechenden Weichenstellungen vornehmen. Im Schulbereich werden wir einen Teil der Einsparungen, die wir durch die Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit der Lehrer erzielen, in Weiterbildung, Supervision, Arbeits- und Gesundheitsschutz der Lehr-

kräfte investieren. Ich könnte mir die Einführung eines persönlichen Fortbildungs-Portfolios für jede Lehrkraft vorstellen. Damit sollten wir die Zahl derer verringern können, die sich schon vor Erreichen ihres Pensionsalters ausgebrannt fühlen.

Um die dramatisch anwachsenden Pensionslasten abfedern zu können, streben wir die Bildung einer Pensionsrücklage an. Die Finanzierung muss haushaltsverträglich dargestellt werden. Einsparungen, die wir durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erwirtschaften, könnten wir auch in einem solchen Pensionsrücklagenfonds anlegen.

Beamtinnen und Beamte sollen die Möglichkeit erhalten, eine private Altersvorsorge aufzubauen und dabei die steuerliche Förderung im Rahmen der Entgeltumwandlung zu nutzen.

Neben allen diesen Maßnahmen im Bereich der Altersversorgung wird jedoch auch in Zukunft ein weiterer Stellenabbau unvermeidlich sein.

Über die 41-Stunden-Woche für Beamte wollen wir in der kommenden Legislaturperiode nicht hinausgehen. Für Angestellte konnte mit dem Tarifvertrag zwischen ver.di und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ein erster Schritt der Angleichung der Arbeitszeiten erreicht werden. Mittelfristig müssen wir hier aber noch weiter kommen. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit und für alle Betroffenen zumutbar. Den Beamten im Land sagen wir unseren Einsatz für eine zeitgleiche Übertragung der Besoldungserhöhungen des Tarifvertrags zu.

Die Altersversorgung der Regierungsmitglieder werden wir in dieser Legislaturperiode neu ordnen. Ziel ist die Absenkung des derzeitigen Versorgungsniveaus und die Stärkung der Eigenverantwortung. Im Gegenzug könnten die Aktiv-Gehälter moderat erhöht werden. Eine vollständige Kompensation für die Kürzungen im Alter wird es allerdings nicht geben.

Um die Kosten der politischen Führung zu senken, werden die Koalitionsfraktionen - was ich ausdrücklich begrüße - ab der übernächsten Legislaturperiode die Zahl der Landtagsmandate und der Wahlkreise um 10 Prozent reduzieren.

2. Kinderland, Schule, Berufsausbildung

Baden-Württemberg ist auf dem Weg zum „Kinderland Nummer eins“ in Deutschland. In keinem anderen Bundesland werden mehr Kinder geboren als bei uns. In keinem anderen Land ist der Altersdurchschnitt der Bevölkerung niedriger und die Lebenserwartung höher. Gewiss: Der demographische Wandel macht auch vor Baden-Württemberg nicht Halt. Aber er trifft uns später und weniger hart als die meisten anderen Länder.

Der demographische Wandel ist ein Thema, das praktisch alle Handlungsfelder der Politik betrifft. Wir werden deshalb in Zukunft stärker als bisher fachübergreifende Konzepte entwickeln. Sie orientieren sich an der Lebenssituation der Menschen und den Bedürfnissen der unterschiedlichen Altersgruppen. Deshalb brauchen wir in der Politik einen Paradigmenwechsel hin zu einem Denken in Lebenszusammenhängen. Also nicht mehr „Schulpolitik“, sondern „Politik für Familien, Kinder und Jugendliche“; nicht mehr nur „Rentenpolitik“, sondern „Politik für ältere Menschen“.

Diese Lebensverlaufsperspektive, die sich als Konsequenz aus dem demographischen Wandel ergibt, zieht sich auch wie ein roter Faden durch diese Regierungserklärung.

2.1 Familien stärken - Betreuung ausbauen

Der erste – und der beste – Erfahrungsraum eines jungen Menschen ist Gott sei Dank fast immer die Familie. Deshalb wird die Landesregierung auch in Zukunft alles tun, um die Familien zu unterstützen

Baden-Württemberg hat nicht nur die höchste Geburtenrate. Es hat auch eine der höchsten Frauenerwerbsquoten in Deutschland. Dies zeigt, dass wir beim Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ auf einem guten Weg sind. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden. Wir wissen, dass viele Familien auf zwei Arbeitseinkommen angewiesen sind. Viele Frauen wünschen sich nach der Kinderpause eine Rückkehr ins Erwerbsleben. Und wir wissen auch, dass unsere Wirtschaft auf die Fähigkeiten gut ausgebildeter junger Frauen nicht verzichten kann. Deshalb sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen ein zentraler Baustein unseres Projekts „Kinderland Baden-Württemberg“.

Die Bundesregierung hat die Wichtigkeit dieser Thematik erkannt. Das neue Elterngeld ist als Einkommensersatzleistung für alle Bevölkerungsschichten attraktiv. Es erleichtert gerade gut ausgebildeten Frauen und Männern die Entscheidung für ein Kind. Das ist richtig so!

Trotzdem wird es auch in Zukunft Eltern geben, für die die Geburt eines Kindes trotz aller Hilfen eine große finanzielle Belastung darstellt. Wir werden diese Menschen nicht im Stich lassen. Wir wollen zwar einige Modifikationen beim Landeserziehungsgeld vornehmen. Aber die Zielrichtung des Programmes – Unterstützung für finanziell schwächere Familien, für Familien mit besonderen Belastungen – werden wir unverändert beibehalten.

Bei der Kinderbetreuung setzen wir auch in Zukunft auf Wahlfreiheit. Familien, in denen ein Elternteil die Kinder zuhause selbst erzieht, werden wir entsprechend ihren Bedürfnissen unterstützen. Aber wir unterstützen auch - und das mit voller Kraft und aus Überzeugung - alle Eltern, die sich dafür entscheiden, für ihre Kinder Betreuungsangebote in Anspruch zu nehmen. Dies setzt freilich voraus, dass es auch genügend solcher Angebote gibt. Und genau dafür werden wir sorgen.

Bei der Schaffung von Betreuungsangeboten sind wir offen für unterschiedliche Ansätze und Partnerschaften: mit den Kommunen, mit den Kirchen und anderen Trägern, mit Elterninitiativen und freien Gruppen. Ich begrüße ausdrücklich das wachsende Engagement der Wirtschaft auf diesem Gebiet. Betriebskindergärten und –krippen sind ein wichtiges Element der Betreuungslandschaft. Das Land wird hier als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen Modellprojekte von Behördenkindergärten für die Kinder von Beschäftigten unterstützen.

Ein wichtiger Baustein in unserem Betreuungskonzept ist die Ganztagschule. Sie werden wir als Angebot flächendeckend für alle Schulformen ausbauen. Durch den Einsatz ehrenamtlicher Jugendbegleiter im Rahmen der Nachmittagsbetreuung verzahnen wir Schulen und ihr soziales Umfeld. Der Jugendbegleiter ist eine Symbolfigur für die aktive Bürgergesellschaft. Jugendbegleiter übernehmen Verantwortung, sie engagieren sich und helfen den Jugendlichen, ihren Lebensweg zu meistern. Begleiter sind keine Betreuer. Sie sind Vorbilder und Vertrauenspersonen. Ihr Dienst erfolgt ehrenamtlich, aber mit einem professionellen Anspruch. Sie arbeiten nahezu unentgeltlich, aber nicht umsonst. Diesen begleitenden Ansatz werden wir in den kommenden Jahren auch auf viele andere Bereiche unserer Gesellschaft übertragen - zum Beispiel auf die Arbeit mit Senioren oder Behinderten. Auch die Mentorenpro-

gramme, die das Land seit Jahren mit Erfolg praktiziert, verfolgen das gleiche Konzept.

Beim Aufbau der Ganztagschule arbeiten wir eng mit den Jugendverbänden zusammen. Wir werden den Jugendverbänden ein „Bündnis für die Jugend“ anbieten, um ihre Arbeit auch längerfristig auf eine verlässliche Grundlage zu stellen.

2.2 Lernen ist keine Frage des Alters

Meine Damen und Herren!

Die Kindheit ist die wichtigste Lernzeit im Leben. Kinder sind vom ersten Tag an neugierig. Sie wollen wissen und lernen. Wer meint, Bildungsansätze hätten im Kindergarten nichts verloren, verpasst vielleicht den besten Zeitpunkt. Wer seine Kinder nicht früh genug mit Herausforderungen konfrontiert, verzichtet auf die Chance, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu korrigieren.

Das Land wird seine Bemühungen auf dem Gebiet der frühkindlichen Bildung weiter verstärken. Wir werden sicherstellen, dass alle Kinder in Baden-Württemberg zum Zeitpunkt ihrer Einschulung auch wirklich schulreif sind - und vor allem, dass sie die deutsche Sprache ausreichend beherrschen. Wir werden deshalb im vierten Lebensjahr eine verpflichtende Sprachstandsdiagnose für alle Kinder durchführen und die Einschulungsuntersuchung vorziehen.

Im Rahmen des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung und des Projekts „Schulreifes Kind“ haben wir in den letzten Monaten eine Reihe von zukunftsweisenden Modellen auf den Weg gebracht. Alle diese Modellversuche werden wir im Lauf der Legislaturperiode evaluieren und in den Regelbetrieb überführen.

Der Kindergarten ist nicht nur eine Betreuungseinrichtung, sondern auch eine Bildungsstätte und ein Ort der Integration – übrigens auch für die wachsende Zahl von Einzelkindern in unserer Gesellschaft. Möglichst alle Kinder sollen deshalb einen Kindergarten besuchen.

Modellversuche werden unter Beweis stellen, dass eine Besuchspflicht für das letzte Kindergartenjahr bei gleichzeitiger Gebührenfreiheit für alle Beteiligten eine gute Sache ist, die dem Ziel der Integration wie auch der frühkindlichen Erziehung dient. Mit

diesen Modellversuchen wollen wir Skeptiker überzeugen und auf unserem Weg mitnehmen.

Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, Betreuungseinrichtungen und Schulen. Klar ist aber auch, dass die Hauptverantwortung für die Erziehung eines Kindes auch in Zukunft bei den Eltern liegen wird.

Wo Eltern dieser Verantwortung nicht nachkommen, werden wir als Staat nicht einfach weg schauen. – Schon allein um der Kinder willen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass es in Betreuungseinrichtungen und Schulen obligatorische Gesprächstermine mit den Eltern gibt, bei denen Erziehungsprobleme erörtert werden. Wo Eltern sich dieser Pflicht entziehen, ist es notwendig, sie zum Gespräch vorzuladen oder zu Hause aufzusuchen.

2.3 Schule: Die Starken fordern, die Schwachen fördern

Baden-Württemberg hat hervorragende Schulen. Unsere Lehrerinnen und Lehrer leisten ausgezeichnete Arbeit. Dies bestätigen nicht zuletzt die Ländervergleiche der PISA- und der IGLU-Studie. Aber wir werden uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Unser besonderes Augenmerk gilt den Schülerinnen und Schülern, die sich mit der Schule und einer theoretischen Ausbildung schwer tun. Um sie optimal zu fördern, werden wir noch in dieser Legislaturperiode die Hauptschule umbauen und ihr ein neues Profil geben. Die Hauptschule ist für uns keine „Restschule“. Sie ist nicht die Schule für die „weniger Gescheiten“, sondern sie ist die Schule für diejenigen, die sich mehr aufs Praktische verstehen. Das ist für mich mehr als Wortklauberei. Für das Profil und für den Geist unserer Schulen macht es einen gewaltigen Unterschied, ob wir sie entlang der Schwächen oder der Stärken unserer Kinder definieren.

Wir sorgen dafür, dass jeder Jugendliche, der bei uns die Schule verlässt, auch in der Lage ist, eine Berufsausbildung zu beginnen. Der Start ins Berufsleben ist nicht nur der Schlüssel zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit, sondern stellt die Eintrittskarte in die Gesellschaft dar. Als Landesregierung werden wir alles tun, damit jeder junge Mensch in Baden-Württemberg diese Eintrittskarte erhält.

So werden wir die Einführung einer Meldepflicht für Ausbildungsstellen prüfen. Außerdem wollen wir ausbildungswillige Unternehmen bei der Bewältigung organisatorischer Hürden unterstützen und entlasten.

Wir werden das Berufsvorbereitungsjahr weiter entwickeln. Jugendliche, die noch keinen Hauptschulabschluss haben, sollen künftig in Kooperationsklassen von Hauptschule und Beruflicher Schule zwei Jahre lang besonders gefördert werden. Der Schwerpunkt dieser Förderung muss auf dem Erwerb des Hauptschulabschlusses und der Verbesserung der Ausbildungsreife liegen. Schon in den nächsten Wochen wird das Kultusministerium die Umsetzung dieses Modells mit den Schulträgern besprechen.

Jugendliche mit Hauptschulabschluss werden künftig in einem Berufseinstiegsjahr zielgerichtet in einem Berufsfeld auf den beruflichen Einstieg vorbereitet. Dabei werden ihnen bereits Inhalte aus dem ersten Ausbildungsjahr vermittelt. Wir wollen über Praktika eine größere Betriebsnähe erreichen. Es soll möglich sein, Teilqualifikationen zu erlangen, die von den Kammern zertifiziert werden.

Daneben werden in den Kommunen mit Mitteln der Zukunftsoffensive IV Netzwerke von Ehrenamtlichen aufgebaut. Sie begleiten Jugendliche in Hauptschulen, Förder-schulen und beruflichen Schulen individuell beim Übergang in den Beruf.

Beim Übergang ins Erwerbsleben tritt die Schule nicht nur als Vermittlerin von Wissen in Erscheinung. Sie wird auch zum Ort des sozialen Lernens und der Begegnung mit Vorbildern. Jugendliche sollen in der Schule nicht nur Pädagoginnen und Pädagogen begegnen, sondern auch Praktikern aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Ich rufe die Schulen dazu auf: Nutzen Sie gemeinsam mit den Schulträgern im Rahmen der eigenständigen Profilbildung die Möglichkeit, Stellen in Mittel umzuwandeln. Zusätzlich wollen wir sicherstellen, dass Lehrkräfte auch außerhalb ihrer Unterrichtszeit als Ansprechpartner in der Schule zur Verfügung stehen.

Unsere besondere Sorge gilt Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In dieser Gruppe ist der Anteil derjenigen, die die Schule ohne oder mit einem schwachen Abschluss verlassen, überproportional hoch. Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden bei uns eine besondere Förderung und Unterstützung erhalten. Das gilt im sprachlichen Bereich, aber auch bei der Vermittlung unserer Kultur und unserer Grundwerte.

In den einzelnen Schulklassen brauchen wir ein ausgewogenes Zahlenverhältnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Wo der Anteil der Migranten überproportional hoch ist, findet oft nicht Verständigung statt, sondern Abgrenzung. Ich habe deshalb Herrn Kultusminister Rau gebeten, noch vor der Sommerpause gemeinsam

mit Eltern, Schulträgern und anderen Experten Lösungsvorschläge für dieses Problem zusammenzutragen.

Ein entscheidender Faktor für die Qualität unserer Schulen ist ihre Ausstattung mit hoch qualifizierten Lehrkräften. Wir werden deshalb auch bei rückläufigen Schülerzahlen alle rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen für bildungspolitische Maßnahmen verwenden. Dazu gehören vor allem der Ausbau der Ganztagschulen, die frühkindliche Bildung, die Evaluation der Schulen und auch die Bewältigung des bevorstehenden „Schülerbergs“ in unseren Hochschulen.

2.4 Berufliche Bildung - den Übergang ins Erwerbsleben erleichtern

Die Landesregierung hat im Jahr 2004 zusammen mit verschiedenen Wirtschaftsorganisationen ein auf drei Jahre angelegtes Ausbildungsbündnis geschlossen. Dieses Bündnis war ein voller Erfolg. Es wird auch dieses Jahr die Basis für eine gute Entwicklung am Ausbildungsmarkt sein. Baden-Württemberg hat im Bundesvergleich die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

Dies soll auch in Zukunft unter schwieriger werdenden Bedingungen so bleiben. Wir werden deshalb in den nächsten Wochen die Gespräche mit Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften aufnehmen, um für die folgenden Jahre einen neuen Ausbildungspakt zu entwickeln. Diesen Pakt werden wir zusätzlich um eine neue Aufgabe ergänzen, nämlich um die Qualifikation und Integration benachteiligter Jugendlicher. Zur Bündelung und Koordinierung der Aktivitäten auf diesem Gebiet werden wir eine Steuerungsgruppe „Ausbildung“ einrichten.

3. Hochschulen, Wissenschaft, Innovation: Wir machen dem Fortschritt Beine

3.1 Unsere Hochschulen: Praxisnah, effizient, erfolgsorientiert

Junge Menschen finden in Baden-Württemberg optimale Studienbedingungen. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Dieses Fundament werden wir auch in Zukunft

weiter ausbauen. Durch die Neuauflage des Solidarpaktes und die Einführung von Studiengebühren wollen wir den Hochschulen in den kommenden Jahren finanzielle Planungssicherheit geben. Nur starke, autonome und unternehmerisch handelnde Hochschulen können sich im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich behaupten.

Die Zahl der Studierenden wird in den kommenden Jahren durch die Geburtenentwicklung, aber auch durch die Einführung von G8 vorübergehend sehr stark zunehmen. Bis zum Jahr 2012 brauchen wir 16.000 zusätzliche Studienplätze. Ich warne davor, diesen Zuwachs nur als eine Belastung zu sehen. Er ist auch eine enorme Chance für unser Land. Der finanziellen Verantwortung hierfür werden wir uns im Rahmen des Projekts „Hochschule 2012“ stellen.

Wenn es nach der Föderalismusreform Bundesmittel hierfür gibt, dann streng nach dem Bedarf der Länder und nicht als versteckte Bundesergänzungszuweisung!

Auch in Zukunft sollen wissenschaftliche Exzellenz und ein hohes Maß an Praxisnähe die Markenzeichen eines Studiums „Made in Baden-Württemberg“ sein. Im Interesse der jungen Menschen, die an unseren Hochschulen studieren, werden wir unsere Studiengänge noch stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes orientieren.

3.2 Innovationspolitik: Kurze Wege vom Labor an die Werkbank

Unsere Wirtschaft lebt von der Innovation. Wir müssen das machen, was die anderen noch nicht machen. Und wir müssen immer mindestens soviel besser sein, wie wir teurer sind.

Innovationen entstehen nicht von selbst. Sie brauchen gute Rahmenbedingungen: Exzellente Hochschulen und Forschungseinrichtungen, hervorragende Wissenschaftler, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ein aufgeschlossenes Management. All dies haben wir in Baden-Württemberg. Unser Land ist der Innovationsmotor Deutschlands. Wir sind das Bundesland mit den meisten Patentanmeldungen und den höchsten Investitionen in Bildung und Wissenschaft.

Diese Spitzenstellung wollen wir verteidigen. Wir werden den Technologietransfer weiter verbessern. Nach den guten Erfahrungen mit Technologie-Clustern werden

wir die Vernetzung zwischen Wirtschaft, Universitäten und Forschungseinrichtungen weiter vorantreiben. Um neue Cluster und Innovationsschwerpunkte zu identifizieren, werden wir eine Reihe von Zukunftsforen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen durchführen. Schon im kommenden Frühjahr wird die Landesregierung zu einem Innovationskongress einladen. Darüber hinaus werden wir die vorhandenen Kompetenz-Netzwerke im Land enger miteinander verknüpfen. Außerdem werde ich in den nächsten Wochen einen Innovationsbeauftragten vorschlagen, der die Landesregierung auf diesem Feld kompetent beraten soll.

Innovation ist mehr als technischer Fortschritt. Wir müssen auch soziale Innovationen fördern – etwa neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; neue Wege, um junge Menschen für das Berufsleben zu qualifizieren oder das Miteinander der Generationen zu verbessern.

4. Wachstum ermöglichen - Arbeit schaffen

Wir sind stolz auf die gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Und wir sind denjenigen dankbar, die mit ihrer Arbeit die Grundlagen dafür gelegt haben. Ohne eine erfolgreiche Wirtschaft könnten wir unser Sozialsystem, den Kulturbereich und auch die staatlichen Aufgaben – wie zum Beispiel die Bildung – nicht auf dem hohen Niveau halten, das wir erreicht haben.

Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Zusammenhalt gehören für mich untrennbar zusammen. Ich will, dass unser Land auch in Zukunft in beiden Disziplinen an der Spitze bleibt: mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen – und den meisten ehrenamtlich Engagierten; mit dem stärksten Wirtschaftswachstum – und der höchsten Lebenszufriedenheit; den besten Schulen – und der geringsten Jugendarbeitslosigkeit.

4.1 Arbeitsmarktpolitik: Sozial ist, was Arbeit schafft

Wir haben eine gute Ausgangslage. Dennoch mache ich mir Sorgen um den Arbeitsmarkt. In Deutschland ist fast nur noch von Stellenabbau die Rede, aber kaum von der Schaffung neuer Arbeitsplätze in nennenswerter Zahl. In Baden-Württem-

berg müssen wir aufpassen, dass wir nicht in diesen allgemeinen Abwärtssog hineingeraten. Die Landesregierung wird deshalb ein Frühwarnsystem für Beschäftigungsrisiken aufbauen. Außerdem richten wir zurzeit eine interministerielle „Task Force“ ein, die Unternehmen in Krisensituationen als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Wir werden auch in Zukunft alles tun, um die Rahmenbedingungen für mehr Arbeit und Wachstum zu verbessern. Wer behauptet, man könne die Globalisierung und den Strukturwandel der Wirtschaft aufhalten, streut den Menschen Sand in die Augen. Wer jede wirtschaftliche Reform von vornherein als „unsozial“ ablehnt, der riskiert, dass Arbeit bei uns immer teurer wird und Arbeitsplätze ins Ausland abwandern.

Der Verlust des Arbeitsplatzes ist ein harter Schicksalsschlag für die Betroffenen und ihre Familien. Jeder Arbeitslose ist einer zuviel. Hinter jedem Arbeitslosen steht ein Schicksal – und oft auch das Schicksal einer ganzen Familie. Und neben jedem Arbeitslosen stehen Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen müssen und die sich fragen, wie sie in Zukunft ihr Haus oder ihre Wohnung abbezahlen, wie sie die Ausbildung ihrer Kinder finanzieren sollen. Der Landesregierung ist das Schicksal der Betroffenen nicht gleichgültig. Unser oberstes Ziel ist es, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitslose rasch wieder in Beschäftigung zu bringen.

Dafür sind zwei Dinge notwendig: Zum einen brauchen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine exzellente Aus- und Weiterbildung. Zum anderen werden wir unseren Standort international wettbewerbsfähig halten. Konkret heißt das: Senkung der Lohnnebenkosten, Abbau von Bürokratie, Reform der Unternehmensteuern, kritische Überprüfung von arbeits- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen. Um nicht missverstanden zu werden: Ich halte unser Arbeitsrecht und unser soziales Sicherungssystem grundsätzlich für große Errungenschaften. Allerdings gilt für mich die Prämisse: „Sozial ist, was Arbeit schafft. Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als die Massenarbeitslosigkeit.“ Alle Regelungen, die zur Vernichtung oder Verlagerung von Arbeitsplätzen führen, gehören auf den Prüfstand.

4.2 Mittelstandsland Baden-Württemberg

Rückgrat und ökonomische Basis unserer Wirtschaft sind der Mittelstand und das Handwerk. Unternehmertum, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung sind

in unseren mittelständischen Betrieben kein Widerspruch, sondern gelebte Realität. Dafür sind wir als Landesregierung dankbar. Dass unser Land beim Thema Arbeitslosigkeit im Bundesvergleich sehr gut dasteht, ist vor allem das Verdienst unserer mittelständischen Wirtschaft, in der die Mitarbeiter nicht nur als Kostenfaktor betrachtet werden, sondern als lebendiger Teil des Unternehmens. Ich glaube, das ist ein Thema, bei dem die Großen noch viel von den Kleinen lernen können!

Die Landesregierung wird ihre erfolgreiche Mittelstandspolitik fortsetzen und konsequent weiter entwickeln. Ich nenne hierzu nur einige knappe Stichworte:

Der Mittelstand ist eines der innovativsten Segmente unserer Wirtschaft. Hightech ist keine Frage der Unternehmensgröße. Deshalb werden wir die Vernetzung zwischen Mittelstand und Wissenschaft weiter ausbauen. Im Ländlichen Raum werden wir das laufende Strukturprogramm hierauf ausrichten.

Mittelständler wollen arbeiten, keine Formulare ausfüllen. Deshalb treiben wir den Bürokratieabbau zügig voran.

Wir werden uns auch in Zukunft für eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik einsetzen. Als ein besonders wichtiges Element nenne ich hier nur die Erbschaftsteuer. Wer Arbeitsplätze erhält, soll auch entlastet werden! Die Ausdehnung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer lehnen wir entschieden ab.

Es geht aber nicht nur darum, Belastungen zu verringern. Es geht auch um vermehrte Sauerstoffzufuhr. Für ein mittelständisches Unternehmen bedeutet dies eine Verbesserung der Finanzausstattung, eine Verbesserung der Kreditversorgung in allen unternehmerischen Phasen. Ich will die bestehenden Partnerschaften mit der L-Bank, der MBG Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft, der LBBW und der BW-Bank ebenso wie mit den Hausbanken weiter entwickeln. Eine stabile Mittelstandsfinanzierung ist die zentrale Investition in die Zukunft unseres Landes.

Daneben setze ich mich auch für eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ein. In Deutschland halten gerade einmal 5 Prozent der Mitarbeiter Anteile an „ihrem“ Unternehmen. In Frankreich sind es 43 Prozent.

Wir werden die Palette der freien Berufe in Baden-Württemberg erweitern: Zum einen führen wir ein freiberufliches Gerichtsvollzieherwesen ein; zum anderen schaffen wir die Voraussetzungen für einen flächendeckenden Übergang zum Notariat in freiberuflicher Amtsausübung im ganzen Land.

4.3 Grenzüberschreitende Kooperationen von Tochterunternehmen des Landes

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Das gilt auch für die Tochterunternehmen des Landes. Sie haben sich im überregionalen Wettbewerb hervorragend platziert. Deshalb streben wir verstärkt Fusionen und Kooperationen mit vergleichbaren Partnern in anderen Ländern an. In wenigen Jahren wird es in Deutschland nur noch drei oder vier große Landesbanken geben. Deshalb müssen wir heute aus einer Position der Stärke heraus dafür sorgen, dass die Landesbank Baden-Württemberg bei diesem Konzentrationsprozess eine aktive Rolle spielt. Das gleiche gilt für die Rundfunklandschaft. Südwestdeutschland ist größer als das heutige Sendegebiet des SWR. Und auch bei der Messe Stuttgart, die durch den Neubau zu einem der großen „Player“ in Deutschland geworden ist, nutzen wir die Möglichkeiten zu strategischen Kooperationen mit interessanten Partnern. Ich kündige heute an, dass die Messen in Stuttgart und Hannover eine auf konkrete Projekte im In- und Ausland bezogene Kooperation eingehen werden.

4.4 Außenhandelsland Baden-Württemberg

Unsere Wirtschaft lebt maßgeblich vom Export. Wir wollen die Rolle Baden-Württembergs als Außenhandelsland weiter stärken. Insbesondere auf den osteuropäischen Märkten liegen noch große Chancen und Herausforderungen. Schon in Kürze werden wir auf der Grundlage eines Osteuropa-Konzepts eine Botschafterkonferenz veranstalten.

Die Regionen des Landes stellen sich erfolgreich den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs. Wir unterstützen sie auf diesem Weg, auch bei der Bildung von Metropolregionen.

4.5 Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes steht und fällt mit der Qualität unserer Infrastruktur. Die Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zu ihrer Verantwortung für den Landesstraßenbau. Zugleich erwarten wir vom Bund, dass auch er endlich seine

Aufgaben im Bereich des Bundesfernstraßenbaues erfüllt. Der Investitionsrückstand der letzten Jahre muss endlich abgebaut werden. Wir sind offen für private Finanzierungsmodelle und für eine stärkere Beteiligung der Nutzer an den Kosten für Bau und Unterhalt von Fernstraßen.

Unsere Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsminister und der deutschen Bahn zur Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm machen gute Fortschritte. Ich habe mit Bundesverkehrsminister Tiefensee und Herrn Mehdorn vereinbart, dass Bund, Land und Bahn im September 2006 gemeinsam und definitiv über beide Projekte entscheiden werden. Ich rufe alle Partner in Politik und Wirtschaft, insbesondere auch den Berliner Koalitionspartner und die Medien dazu auf, uns bei diesen wichtigen Projekten Rückendeckung zu geben. Ich werde herausragende Persönlichkeiten unseres Landes - angeführt von Lothar Späth und Walter Riester - in einen Unterstützerkreis berufen.

Der Ausbau der wirtschaftlich interessanten Güterverkehrsstrecke im Rheintal muss der Bahn mehr Investitionen für Mensch und Umwelt wert sein.

Auf Druck der Länder ist es gelungen, die Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln für den Schienenpersonennahverkehr deutlich abzumildern. Wir sind zuversichtlich, dass wir die notwendigen Veränderungen des Verkehrsangebots verträglich gestalten können.

In den letzten Wochen ist erneut über den möglichen Bau einer zweiten Start- und Landebahn für den Flughafen Stuttgart diskutiert worden. Ich begrüße es, wenn die Geschäftsführung die Situation und die strategischen Perspektiven des Flughafens Stuttgart umfassend, genau und ohne Vorfestlegungen analysiert. Für mich gibt es keine Zwangsläufigkeit der Entscheidung, sondern einen transparenten Diskussionsprozess mit offenem Ergebnis.

5. Soziale und ökologische Politik

5.1 Politik für ältere Menschen

Meine Damen und Herren!

Schon heute beeinflusst der demographische Wandel unseren Alltag, und er wird dies in Zukunft noch viel stärker tun. Die Landesregierung hat die Herausforderungen des demographischen Wandels offensiv angenommen. Gleich nach meinem Amtsantritt im vergangenen Jahr haben wir im Rahmen des Projekts „Kinderland“ eine aktive Bildungs-, Betreuungs- und Familienpolitik auf den Weg gebracht, über die ich vorhin – und auch in meiner Regierungserklärung vom 9. November 2005 bereits ausführlich gesprochen habe.

Heute möchte ich mich auf einen anderen Aspekt des demographischen Wandels konzentrieren, nämlich auf die Notwendigkeit einer Politik für ältere Menschen. Die Alterung unserer Gesellschaft hat Folgen. Das gilt für die Reform der sozialen Sicherungssysteme genauso wie für die ärztliche Versorgung oder das Angebot an Pflegeheimplätzen, das wir durch eine vorläufige Fortführung der Pflegeheimförderung sicherstellen werden.

Aber auch auf allen anderen Politikfeldern konfrontiert uns die alternde Gesellschaft mit neuen Fragen: Wie sieht die Stadtplanung für die Gesellschaft der Zukunft aus? Welche Erwartungen haben rüstige Senioren an Bildungs- und Weiterbildungsangebote? Welche Rolle möchten sie im Ehrenamt – beispielsweise als Jugendbetreuer in einer Ganztagschule – spielen?

Die Enquêtekommision des Landtages hat vor sechs Monaten umfassende Handlungsempfehlungen vorgelegt, an denen wir uns orientieren werden.

Im Koalitionsvertrag haben wir beschlossen, einen Kabinettsausschuss für Demographischen Wandel und Seniorenpolitik einzurichten. Ich habe zudem mit Frau Professor Dr. Claudia Hübner eine Beauftragte für Demographischen Wandel und Seniorenpolitik berufen, die als Staatsrätin die Politik der Landesregierung in diesem Bereich koordinierend beraten und mitgestalten wird.

Eine Gruppe, die mir besonders am Herzen liegt, sind die älteren Beschäftigten. Die Verdrängung der Älteren aus dem Arbeitsmarkt wurde in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auch durch die Frühverrentungsprogramme gefördert - im freundlichen

Einvernehmen zwischen Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Dies war in jeder Hinsicht ein Irrweg. Wir fordern als Landesregierung: Schluss mit der Frühverrentung! Schluss mit einem fragwürdigen Jugendlichkeitswahn! Wir brauchen wieder mehr Arbeit für Ältere!

Unser Ziel ist es, Berufsbilder und Tätigkeitsprofile zu entwickeln, in denen ältere Arbeitnehmer ihre spezifischen Fähigkeiten zur Geltung bringen können. Zu diesem Zweck habe ich im letzten Winter Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften und weiterer gesellschaftlicher Gruppen zu einem offenen Dialog eingeladen.

5.2 Solidarität und Selbstverantwortung

Zu den zentralen Aufgaben des Staates gehört es, diejenigen zu unterstützen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Ich vertraue auf die Kräfte der Wirtschaft und des Marktes. Aber ich weiß auch, dass es Problemstellungen gibt, für die der Markt blind ist: Alte Menschen, Familien mit Kindern, Kranke, Behinderte und Arbeitslose haben Anspruch auf die Solidarität der Gemeinschaft.

Ich bekenne mich zu dieser Solidarität. Aber ich sage auch: Wir müssen unsere Sicherungssysteme umbauen, damit sie auch in Zukunft denjenigen helfen können, die unsere Unterstützung wirklich brauchen:

- Wir müssen klarstellen, dass Solidarität ohne Selbstverantwortung nicht zu haben ist. Konkret bedeutet das: Risiken, die der einzelne selbst tragen kann, dürfen nicht auf die Solidargemeinschaft abgewälzt werden.
- Wir müssen uns und anderen bewusst machen, dass jeder Euro, den wir in unserem Sozialsystem umverteilen, zunächst einmal erwirtschaftet werden muss.
- Missbrauch nehmen wir nicht einfach hin. Derzeit werden zunehmend Fälle aufgedeckt, in denen Hartz-IV-Leistungen zu Unrecht bezogen wurden. Erstaunlich ist, dass die SPD sich trotzdem weigert, Hartz IV einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Schlimmer noch: Die so genannte „Anstandsdebatte“ der letzten Wochen hat gezeigt, dass man in Deutschland offenbar bestimmte Missstände nicht offen beim Namen nennen darf. Wer es trotzdem wagt, muss damit rechnen, moralisch mundtot gemacht zu werden. Mit Verlaub: Diese Debatte hat wenig Beispiele von Anstand, aber viel Selbstbetrug geboten – und den können wir uns eigentlich schon lange nicht mehr leisten.

5.3 Nachhaltigkeitsstrategie: Chancen für die Zukunft

Durch ihre Aufbauleistung, ihre Weitsicht, ihre Sparsamkeit und ihren Konsumverzicht haben unsere Eltern und Großeltern die Grundlagen für die Erfolge von heute gelegt. In gleicher Weise tragen heute wir die Verantwortung für unsere Kinder und künftige Generationen. Sie sollen in einem attraktiven, lebenswerten Land, in einer stabilen Gesellschaft und in einer intakten Umwelt leben können.

Mit dieser Zielsetzung werden wir eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg bringen. Nachhaltigkeit ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Zugleich ist sie aber auch eine intelligente und innovative Antwort auf die Globalisierung, den demographischen Wandel und die Verknappung von Rohstoffen und Energieträgern.

Ich lade Vertreter aus Wirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Sozialverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Verbraucherschutzorganisationen und Vereinen sowie die Kommunen dazu ein, sich aktiv an der Entwicklung und Realisierung dieser Nachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen. Schon im Herbst wollen wir dafür den Startschuss geben.

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie will ich der Arbeit der Landesregierung zugleich einen Impuls für mehr interdisziplinäre Zusammenarbeit über Ressortgrenzen hinweg geben. Nachhaltiges Handeln setzt vernetztes Denken voraus. Wir werden hierfür die Arbeitsweise der Landesregierung modellhaft weiterentwickeln und strategiebezo- gene Kooperationsformen quer zu den Ressortgrenzen verstärken.

Beim Thema Nachhaltigkeit werden wir uns zunächst auf fünf zentrale Themenfelder konzentrieren:

- An erster Stelle steht die Frage nach einer zukunftsfähigen Energieversorgung: Was kommt nach dem Öl? Wie können wir effizient, wirtschaftlich und umweltfreundlich mit unseren Energiereserven umgehen? Wie können wir den Klimawandel stoppen, ohne dabei an Lebensqualität zu verlieren?
- Ein zweiter Themenbereich steht unter der Überschrift: „Produzieren und Arbeiten“: Wie müssen wir unsere Arbeits- und Wirtschaftsweise verändern, damit auch zukünftige Generationen noch die Güter erzeugen können, die sie zum Leben brauchen? Wie sichern wir möglichst vielen Menschen einen Zugang zur Ar-

beitswelt? Gerade bei diesem Thema zeigt sich, dass Nachhaltigkeit neben der Ökologie auch soziale und gesellschaftspolitische Aspekte umfasst.

- Ein weiteres Schwerpunktthema ist die „zukunftsfähige Entwicklung von Großstädten und Regionen“. Stichworte hierzu sind die Integration von Zuwanderern, die Bekämpfung von Armut und Gewalt, die Sicherung von Mobilität und die Senkung des Flächenverbrauchs.
- Beim Thema Nachhaltigkeit geht es auch um Lebensqualität. Lebensqualität heißt für mich zunächst einmal: Gesund leben in gesunder Umwelt. Wie können wir schädliche Immissionen reduzieren und den Verbraucherschutz stärken? Wie können wir die Gesundheitsprävention verbessern? Auch hier gibt es Bezüge zur Ökonomie: Ich denke etwa an die Landwirtschaft, an den Tourismus oder die Gesundheitswirtschaft.
- Die erste Voraussetzung für jede nachhaltige Entwicklung ist die Kenntnis der natürlichen Zusammenhänge. Wir wollen eine gesamtgesellschaftliche Wertediskussion anstoßen, die auch selbstkritischen Fragen nicht aus dem Weg gehen darf: Wo liegen die Grenzen des Wachstums? Welche Bedeutung hat das Verhalten des einzelnen Verbrauchers? Wie viel Konsum können wir uns leisten?

Dies sind zentrale Zukunftsfragen für unser Land und unsere Gesellschaft. Es ist mein Ziel, dass Baden-Württemberg bei der Beschäftigung mit diesen Fragen mutig vorangeht. Die vielzitierte „Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“ ist für mich mehr als eine nette Konsensfloskel. Ich will sie zu einem Alleinstellungsmerkmal von Baden-Württemberg im Wettbewerb mit anderen Ländern machen. Wir haben die Chance, dass wir auf nationaler wie internationaler Ebene zu einem Innovationszentrum für nachhaltige Entwicklung werden können. Für das Frühjahr 2007 bereiten wir einen Zukunftskongress zur Rolle von Mittelstand und Handwerk im Nachhaltigkeitsprozess vor. Mein Ziel ist es, das „Mittelstandsland“ und das „Nachhaltigkeitsland“ Baden-Württemberg ganz eng miteinander zu verzahnen.

Lassen Sie mich im Folgenden auf einige Themen eingehen, bei denen nachhaltiges Denken und Handeln besonders gefordert sind.

Energiepolitik auf drei Säulen

Eine zentrale Herausforderung für eine nachhaltige Politik ist der Klimaschutz. Der Schlüssel dazu liegt in einer verantwortungsbewussten Energiepolitik, die auf drei

Säulen ruht: Energie sparen, Energie-Effizienz erhöhen, erneuerbare Energien nutzen.

Wir wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter bei der Erforschung und beim Einsatz regenerativer Energien machen. Bis 2010 wollen wir im Land einen Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung von ca. 11,5 Prozent und am Primärenergieverbrauch von 4,8 Prozent erreichen.

Mit Einrichtungen wie dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg verfügen wir über hervorragende Kompetenzzentren, die wir stärken und ausbauen wollen. Ergänzend dazu werden wir Strategien zur Verbesserung der Markteinführung regenerativer Energien entwickeln.

Ein Feld, dem in den nächsten Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit gilt, ist die Wärmeproduktion, die bisher in erheblichem Maße zum CO₂-Ausstoß beiträgt. Auch beim Thema „Mobilität“ sehe ich noch erhebliches Einsparpotenzial. Um es klar zu sagen: Unsere Autos brauchen zu viel Sprit. Hier haben wir als Exportland eine globale Verantwortung. Was technisch schon möglich ist, muss auch angegangen werden.

Für unsere ehrgeizigen Ziele bei der Förderung erneuerbarer Energien brauchen wir Zeit und Geld. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir um eine Laufzeitverlängerung für die bestehenden Kernkraftwerke nicht herumkommen. Schon im Vorgriff auf eine mögliche Einigung zwischen Bundesregierung und Energieversorgern streben wir eine Vereinbarung mit der EnBW an, die folgenden Inhalt haben soll: Die EnBW verpflichtet sich, mindestens 50 Prozent der wirtschaftlichen Erträge aus einer Laufzeitverlängerung für die Erforschung und Markteinführung erneuerbarer Energien zur Verfügung zu stellen. Und im Gegenzug setzt sich das Land beim Bund weiter vehement für die Laufzeitverlängerung unter strengen Sicherheitsauflagen ein.

Im Flächenverbrauch zur „Netto-Null“

In den letzten 50 Jahren haben wir in Baden-Württemberg so viel Fläche für Siedlung und Verkehr beansprucht wie bei allen vorangegangenen Generationen zusammen. Wenn wir nicht aufpassen, entstehen heute mit Wohn- und Gewerbegebieten „auf der grünen Wiese“ die Altlasten von morgen, die niemand mehr zahlen kann.

Wir nehmen diese Entwicklung nicht hin. Wir machen weiter Druck für eine sparsame Flächennutzung! Wir setzen auf kommunales Flächenmanagement, auf die bewährte Arbeit des „Aktionsbündnisses Fläche gewinnen“ und das „Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung innerörtlichen Potenzials (MELAP)“. Langfristig muss es schon aus demographischen Gründen unser Ziel sein, dass wir auch beim Flächenverbrauch zur „Netto-Null“ kommen.

Kabinettsausschuss Ländlicher Raum

Für unsere Land- und Forstwirtschaft war Nachhaltigkeit schon immer eine Selbstverständlichkeit. Wenn es um Verantwortung für die Zukunft, um den schonenden Umgang mit Ressourcen, um den Respekt vor der Schöpfung geht, können wir alle noch viel von unseren Bauern lernen.

Das Erscheinungsbild unseres Landes wird maßgeblich durch unsere Landwirtschaft mit ihren bäuerlichen Familienbetrieben geprägt. Ihnen sage ich auch für die Zukunft unsere volle Unterstützung zu. Wir werden unsere bewährte Agrar- und Strukturpolitik fortsetzen und das bisherige Finanzvolumen des Landes trotz rückläufiger Mittel der EU für die Struktur- und Agrarumweltmaßnahmen beibehalten.

Die Weiterentwicklung des Ländlichen Raumes ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts betrifft. Deshalb werden wir einen ressortübergreifenden „Kabinettsausschuss Ländlicher Raum“ unter der Federführung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum einsetzen, der in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebettet wird.

Baden-Württemberg lebt vom guten Miteinander zwischen Stadt und Land. Die Fußball-WM ist ein gutes Beispiel dafür. Die phantastischen WM-Spiele in Stuttgart sind auch das Ergebnis unserer Investitionen in die Infrastruktur unserer Landeshauptstadt. Sechs Nationalmannschaften aus der ganzen Welt sind in diesen Tagen zu Gast bei uns. So strahlt ein Ereignis in Stuttgart auf das ganze Land aus - von Hinterzarten bis Öhringen-Zweiflingen, von Walldorf bis Wangen, von Baden-Baden bis Friedrichshafen.

Naturerlebnisland

Ein Markenzeichen Baden-Württembergs ist seine reiche Natur- und Kulturlandschaft. Deshalb haben wir in der Koalitionsvereinbarung die Erstellung eines Aktionsplans „Sicherung der Biodiversität in Baden-Württemberg“ vorgesehen.

Aber genauso wichtig wie Pläne und Rahmenrichtlinien sind die Menschen, die sie mit Leben erfüllen. Ich danke allen, die in den Naturschutz- und Umweltverbänden, in den Wander- und Heimatvereinen, in der Landwirtschaft oder im eigenen Garten oder auf dem eigenen „Stückle“ an der Pflege und Erhaltung unserer Naturlandschaft mitwirken. Dies trägt ganz wesentlich zur Erhaltung der grünen Infrastruktur des vielgestaltigen Naturerlebnislandes Baden-Württemberg bei - als Basis für den Tourismus und die Standortsicherung.

Mit den Vorarbeiten zum Biosphärengebiet Schwäbische Alb auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen kommt die ökologische Standortsicherung für das Land einen großen Schritt voran. Wir leisten so unseren Beitrag für das europäische Schutzgebietsnetz.

Umweltbildung – Schlüssel für Zukunftsfähigkeit

Umweltbildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit von Baden-Württemberg als Innovations- und Wirtschaftsstandort. Ich strebe deshalb die Bündelung vorhandener Strukturen in einem Kompetenz- und Dialogzentrum für Nachhaltigkeits- und Umweltbildung an. Dadurch soll gerade auch die Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen als Multiplikatoren in Sachen Nachhaltigkeit noch mehr unterstützt werden.

Soziale Integration

Nachhaltigkeit ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Frage. Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen gerechte Teilhabechancen erhalten – vor allem in der Bildung und am Arbeitsmarkt. Angesichts der demographischen Entwicklung, aber auch mit Blick auf den sozialen Frieden in unserem Land können wir

es uns nicht leisten, dass einzelne Gruppen ausgegrenzt werden oder sich selbst ausgrenzen.

Dies gilt vor allem für Migranten, aber auch für andere Gruppen, die am Rand unserer Gesellschaft stehen.

- Wir müssen jedem Kind die erforderliche Unterstützung geben, damit es seinen eigenen Lebensweg meistern kann.
- Wir müssen alles tun, damit junge Menschen nach der Schule einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz finden.
- Wir müssen dafür sorgen, dass Kranke, Behinderte und ältere Menschen trotz eines steigenden Kostendrucks ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft behalten.

Bei der Integration von Zuwanderern haben wir eine klare Botschaft: Wir bekennen uns zu einer pluralen Gesellschaft und sind ein weltoffenes Land. Aber wer auf Dauer hier leben will, muss auch bereit sein, unsere Grundwerte zu teilen und unsere Sprache zu lernen. Ich verweise hierzu auf meine Regierungserklärung vom 1. Februar 2006.

Meine Damen und Herren! Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist ein kostbares Gut. Um der Bedeutung des Themas „Integration“ Rechnung zu tragen, haben die Koalitionspartner beschlossen, einen Kabinettsausschuss „Integration“ zu bilden und den Herrn Justizminister zum Integrationsbeauftragten der Landesregierung zu ernennen.

Vielfältige Kulturlandschaft

Baden-Württemberg verfügt über eine vielfältige Kulturlandschaft, die durch eine Mischung aus professioneller Spitzenleistung und einem breiten Laienengagement geprägt ist. Wir werden diese Landschaft auch in Zukunft pflegen und unterstützen. Noch in diesem Jahr werden wir gemeinsam mit der Musikhochschule Stuttgart, der Kunstakademie Stuttgart und der Filmakademie Ludwigsburg im Rahmen einer Hochschulkooperation eine Akademie für darstellende Kunst gründen.

Innere Sicherheit stärken

Eine wesentliche Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die soziale Infrastruktur unseres Landes ist die Innere Sicherheit. Das Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger ist bei unserer Polizei und der Justiz in den besten Händen. Die Menschen in Baden-Württemberg können sich darauf verlassen, dass wir auch in Zukunft umfassend für Recht und Ordnung sorgen.

6. Für ein starkes Baden-Württemberg

6.1 Europafähigkeit steigern

Auf europäischer Ebene beanspruchen wir eine Rolle, die der Bedeutung und der Wirtschaftskraft unseres Landes entspricht. Dazu brauchen wir nicht nur Strukturen und Einrichtungen wie z.B. unsere Landesvertretung in Brüssel, sondern auch Menschen. – Menschen, die sich in Europa und der Welt auskennen, die offen für Neues sind und die auf europäischer Ebene die Sache unseres Landes vertreten. Wir werden deshalb ein Europavolontariat schaffen. Damit erhalten junge und kreative Köpfe die Chance, nach dem Studium erste Berufserfahrungen mit europäischem Hintergrund in Brüssel, Berlin oder auch hier im Land zu sammeln. Ich lade ausdrücklich auch Unternehmen und andere Organisationen ein, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Die Zusammenarbeit der starken „Vier Motoren“ werden wir auf Basis der Lissabon-Strategie neu ausrichten und zur Öffnung der Weltmärkte für uns nutzen.

6.2 Bundespolitik im Interesse des Landes gestalten

Die Berliner Koalition hat sich ein ehrgeiziges Reformprogramm vorgenommen: Föderalismusreform I und II, Gesundheitsreform, Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Neuordnung Unternehmensteuerrecht, Haushaltskonsolidierung, Arbeitsmarktreformen, Senkung Lohnzusatzkosten, Bürokratieabbau, deutliche Stei-

gerung der FuE-Ausgaben, Ausbau Verkehrsinfrastruktur, Verbesserung der Situation von Eltern und Kindern. Und das ist noch lange nicht alles.

Zunächst gilt: dieses Reformprogramm ist dringend notwendig. Ich unterstütze alle Maßnahmen der neuen Bundesregierung, mit denen Fehler von Rot-Grün korrigiert werden. In einer großen Koalition können wir freilich keine Wende um 180 Grad erreichen. Entscheidend ist aber: Deutschland muss auf einen Wachstumspfad zurückkehren, damit nicht noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen. Dafür sind auch Kompromisse besser als gar nichts.

Innerhalb der Bundesregierung steht die Union mit Bundeskanzlerin Angela Merkel für den Kurs der Erneuerung. Die Bundeskanzlerin hat mein volles Vertrauen. Es macht absolut keinen Sinn, diese Kraft der Erneuerung durch fundamentale Opposition im Bundesrat oder durch allfällige öffentliche Kritik zu schwächen. Es geht deshalb einerseits nicht um Nibelungentreue, wenn die Landesregierung Kompromisse auf Bundesebene im Bundesrat mit trägt, und es geht andererseits nicht um persönliche Profilierung, wenn die Landesregierung im Einzelfall fachlich begründete Kritik übt. Richtschnur sind für mich allein die Interessen Baden-Württembergs und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Ich will einige zentrale Reformthemen ansprechen:

Föderalismusreform 1:

Die vorgeschlagene Reform der Kompetenzordnung ist richtig - und sie ist überfällig. Wir als Landesregierung verzichten auf Mitwirkungsbefugnisse in der Bundesgesetzgebung, um im Gegenzug mehr gesetzgeberische Kompetenz von Berlin in den Stuttgarter Landtag zurückzuholen. Ich danke Herrn Kollegen Drexler, dass er sich in der Anhörung von Bundestag und Bundesrat überzeugend für die Reform eingesetzt hat.

Der Abschluss der Reform steht unmittelbar bevor. Wenn es bei den bekannten, nur marginalen Änderungen bleibt, werden wir dem Reformpaket im Bundesrat zustimmen können.

Föderalismusreform 2:

In einer zweiten Stufe steht jetzt die Reform der Finanzverfassung an. Ziel muss sein, die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften und ihre aufgabenadäquate Finanzausstattung zu stärken. Wir wollen ein auf alle Haushalte in Bund und Ländern bezogenes Frühwarnsystem etablieren. Die einnahmen- und ausgabenbezogenen Gestaltungsmöglichkeiten von Ländern mit Haushaltsnotlage müssen erweitert werden.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland darf künftig nicht mehr alleinige Richtschnur sein. Solidarität ist wichtig; aber es macht im Interesse ganz Deutschlands keinen Sinn, die Starken immer weiter zu schwächen, ohne dass es gelingt, die Schwachen durchgreifend zu stärken. Wir müssen stattdessen fragen, wo sich der finanzielle Einsatz des Staates im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung am meisten lohnt. Einer Reform, die die Situation Baden-Württembergs im Verhältnis zu anderen Ländern verschlechtert, werde ich jedenfalls nicht zustimmen.

Wir wollen, dass die Möglichkeiten für den Zusammenschluss von Ländern deutlich erleichtert werden. So wäre es beispielsweise denkbar, die Rolle der Parlamente der betroffenen Länder im Fusionsprozess zu stärken. Zu überlegen ist auch, ob eine Länderneugliederung als nationales Thema eine bundesweite Volksabstimmung erforderlich machen soll.

Was machen wir im Land aus der Föderalismusreform?

Die Umsetzung der Föderalismusreform bietet uns die Chance, unserer Landespolitik ein schärferes Profil zu geben und mit anderen Ländern in einen Wettbewerb einzutreten, von dem letztlich alle profitieren werden.

Wenn die Föderalismusreform gelingt, haben wir die einmalige Chance, die Landespolitik deutlich aufzuwerten. Die Landesregierung wird dabei eine treibende Kraft sein. Noch im Herbst werden wir dem Landtag konkret sagen, in welchen Rechtsgebieten wir den neuen Gestaltungsspielraum durch die Föderalismusreform nutzen wollen. Wir werden auch unser Versprechen einlösen, die Rechtsetzung wieder stärker im Landtag zu bündeln. Wichtige politische Fragen sollen von den gewählten

Volksvertreterinnen und Volksvertretern entschieden werden – und nicht auf dem Verordnungsweg von der Exekutive.

Bürokratie- und Standardabbau:

Die Forderung nach einem konsequenten Bürokratie- und Standardabbau ist mehr als eine positiv besetzte Floskel in der politischen Auseinandersetzung. Wir beschäftigen uns immer mehr mit uns selbst und wir setzen immer noch Standards, die wir uns eigentlich nicht mehr leisten können.

Die Bundesregierung macht den Bürokratie- und Standardabbau nun auch zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit. Ich sage zu, dass die Landesregierung den Bund wo immer möglich in diesem Bemühen unterstützt.

Ich weise allerdings darauf hin, dass das „allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ im Widerspruch zu diesen Bestrebungen steht und letztlich das genaue Gegenteil von Bürokratieabbau ist.

Gesundheitsreform:

Bei der Gesundheitsreform geht es letztlich um die Frage: Wie können wir das Gesundheitssystem so verbessern, dass es den Herausforderungen der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts gerecht wird und dennoch finanzierbar bleibt? Wer behauptet, das ginge ohne zusätzliche finanzielle Mittel, versucht eine Quadratur des Kreises. Klar ist, dass das funktionierende System der privaten Krankenkassen durch eine Gesundheitsreform nicht gefährdet werden darf. Klar ist aber auch, dass solidarische Elemente im Gesundheitswesen von den Schultern aller getragen werden müssen. Und da bin ich für jede sinnvolle Lösung offen, die keine neuen Haushaltslöcher reißt und den Wettbewerb im Gesundheitswesen sichert. Im Übrigen bin ich davon überzeugt, dass wir durch mehr Effizienz im Gesundheitswesen, also durch Reformen nicht nur auf der Einnahmenseite, sondern auch auf der Ausgabenseite, viel erreichen können.

Steuerreform:

Bei der Reform des Unternehmensteuerrechts fordern wir, rasch Nägel mit Köpfen zu machen. Es geht um eine grundlegende Reform mit dem Ziel international wettbewerbsfähiger Steuersätze, so wie es im Koalitionsvertrag auf Bundesebene auch vereinbart ist.

Wir brauchen international wettbewerbsfähige Steuersätze für die Kapitalgesellschaften, müssen im Sinne einer rechtsformneutralen Besteuerung aber auch die Personenunternehmen in die Reformüberlegungen mit einbeziehen. Eine Investitionsrücklage, wie sie für Personenunternehmen angedacht ist, genügt nicht. Wir halten daher weiter an einer Optionslösung fest. Gleichzeitig spreche ich mich hier klar für die geplante Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte aus.

Zu einer umfassenden Reform des Steuerrechts gehört auch das Einkommensteuerrecht. Der Bundespräsident hat zu Recht ein insgesamt einfacheres Steuerrecht angemahnt.

Optimierung der sozialen Sicherungssysteme:

Die Kosten der Arbeitsmarktreformen laufen aus dem Ruder. Das SGB II-Fortentwicklungsgesetz ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung; wir werden das Gesetz im Bundesrat deshalb auch unterstützen. Es reicht aber zur nachhaltigen Kostenbegrenzung kaum aus. Kritisch bleibt außerdem die zentralistische Steuerung der Arbeitsgemeinschaften. Notwendig ist deswegen eine strukturelle Reform mit dem Ziel der Stärkung der Entscheidungsbefugnisse vor Ort. Ich setze mich außerdem dafür ein, dass die den Kommunen im Gesetzgebungsverfahren zugesagte Entlastungswirkung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro jährlich auch künftig sichergestellt ist.

Arbeits- und Tarifrecht:

Es ist kein Geheimnis, dass mir die Festlegungen der großen Koalition zum Arbeits- und Tarifrecht nicht weit genug gehen. Meine feste Überzeugung ist: Ohne eine deutliche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes werden wir weder die Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen noch den weiteren Verlust von Arbeitsplätzen stoppen können. An-

gesichts der politischen Kräfteverhältnisse sind die Chancen für weiterführende Reformen derzeit freilich gering. Wenn sich zeigt, dass die vorgeschlagenen Instrumente nicht ausreichen, um eine durchgreifende Verbesserung zu erreichen, werde ich hier einen neuen Vorstoß unternehmen. Vor allem für Berufsanfänger und für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Hürden für den Eintritt oder den Wiedereintritt in die Arbeitswelt abgesenkt werden.

Meine Grundüberzeugung für das Verhältnis zwischen Land und Bund lautet: Ich kann und will Baden-Württemberg nicht gegen den Bund regieren. Aber dies gilt auch umgekehrt. Auch Berlin muss zur Kenntnis nehmen: Deutschland kann es nur gut gehen, wenn es auch Baden-Württemberg gut geht.

6.3 Wir setzen auf Sieg!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Kapital unseres Landes sind seine Menschen. Ihnen verdanken wir unseren Reichtum an kreativen Ideen, unsere kulturellen Leistungen, unser soziales Miteinander, unsere hohe Lebensqualität. Mit Stolz präsentieren wir uns in diesen Tagen als „Deutschlands schönste Fankurve“. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger vermitteln der ganzen Welt das sympathischste, das lebenswerteste und das erfolgreichste Land in Deutschland - Baden-Württemberg.

Trauen wir den Menschen in diesem Land etwas zu! Sie sind nicht nur gute Gastgeber und sie verstehen nicht nur ausgelassen zu feiern. Sie sind es, die die Zukunft Baden-Württembergs mit Fleiß, Tatkraft und Energie gestalten werden.

Unsere Regierungsmannschaft ist auf den Erfolg eingestellt. Dass wir im Südwesten das Geheimnis des Erfolges kennen, zeigt der Stuttgarter Jürgen Klinsmann. Hart, aber herzlich hat er sein Konzept einer Reformpolitik für den deutschen Fußball auch gegen Widerstände durchgesetzt.

Konsequenz im Anstreben unserer Ziele und Aufgeschlossenheit gegenüber den Menschen als Partner unserer Politik - das ist auch unsere Devise in der Landesregierung.

Wir sind gut aufgestellt. Unser Abwehrbollwerk steht. Angriffe auf das, was wir im Land hart erarbeitet haben, werden wir fair, aber entschlossen abgrätschen. Unser kreatives Mittelfeld aus Mittelständlern und global players legt die Grundlage für ein erfolgreiches Spiel. Und im Sturm haben wir die Vollstreckertypen, die gekonnt die Gegner ausspielen und zuverlässig ins Tor treffen - in Berlin, in Brüssel und anderswo.

In diesem Sinne setzen wir auf Sieg, am 9. Juli beim Endspiel in Berlin, und sonst jeden Tag bei uns in Baden-Württemberg.